
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
meine Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Präsident Erbe,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zu der traditionellen Jahresbegegnung unserer beiden Wirtschaftskammern begrüße ich Sie - auch im Namen meines Präsidentenkollegen Christian O. Erbe – sehr herzlich. Für die Tage, die noch vor uns liegen, wünsche ich Ihnen Gesundheit, Glück, Zufriedenheit und Erfolg – insgesamt also ein gutes Jahr 2011.

Als ich Sie vor zwei Jahren hier an gleicher Stelle begrüßte, schien das nicht ganz so selbstverständlich zu sein. Die Aussichten waren alles Andere als rosig. Aber wie bei kaum einem anderen Ereignis bewahrheitete sich der Satz von Mark Twain: „Prognosen sind schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen.“ In der Tat konnten die Vorhersagekünste der deutschen Ökonomen nicht überzeugen, und fast niemand hat den kräftigen Aufschwung des vergangenen Jahres kommen sehen. Können wir also uneingeschränkt positiv nach Vorne schauen? Die Entwicklungen im Euro-Raum lassen manchen vorsichtiger argumentieren und in anderen Bereichen scheint man aus den Fehlern der Vergangenheit nicht gelernt zu haben: Boni fließen für manche Bankmanager wieder in Millionenhöhe und angesichts der Tatsache, dass die Internetfirma Facebook trotz fehlender belastbarer Zahlen über Umsatz und Gewinn jetzt mit 50 Milliarden Dollar bewertet wurde, titelte das Handelsblatt zu Jahresbeginn: „Der Wahnsinn kehrt zurück.“

Aber zunächst zurück von der großen weiten Welt hier in die Friedrich-List-Halle in Reutlingen. Ich freue mich sehr über die Anwesenheit so vieler Vertreter aus Parlamenten und Ministerien, den höchsten Repräsentanten der Landkreise, den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen, der Verwaltungen, der Hochschulen, der Verbände, ja des gesamten öffentlichen Lebens aus unserer Region. Sehr herzlich begrüße ich Staatssekretär Dieter Hillebrand und die Landtagsabgeordneten Monika Bormann, Hagen Kluck und Karl Wilhelm Röhm. Als Hausherrin und stellvertretend für alle kommunalen Vertreter begrüße ich die Oberbürgermeisterin der Stadt Reutlingen, Barbara Bosch. Seien Sie uns herzlich willkommen.

Zu unseren Gästen gehören auch Regierungspräsident Hermann Strampfer, die Landräte Thomas Reumann und Joachim Walter, Prälat Dr. Christian Rose, der Präsident der Hochschule Reutlingen Prof. Peter S. Nieß, die Verleger Alexander Frate und Valdo Lehari jun., der zugleich in seiner Funktion als Präsident des Verbandes der Europäischen Zeitungsverleger zu uns gekommen ist sowie Nikolaus Landgraf, den Landesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sehr herzlich möchte ich unseren Ehrenpräsident Günther Hecht sowie die Ehrenpräsidenten der IHK Dr. Eberhard Benz und Eberhard Reiff grüßen – ich müsste im Grunde jeden von Ihnen namentlich begrüßen, aber das wäre auch für Sie nicht sehr erbaulich. Ganz besonders freue ich mich natürlich, unseren diesjährigen Festredner und Ehrengast Stefan Mappus, den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, bei uns begrüßen zu können. Seien Sie uns herzlich willkommen.



Mein besonderer Gruß gilt aber den Unternehmerinnen und Unternehmern aus unseren Kammerbezirken, für die wir stellvertretend diesen Empfang ausrichten. Ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich unsere gemeinsame Einladung angenommen haben.

Zu der Geschichte des fehlinterpretierten Zitates auf dieser Einladung ist im Grunde alles gesagt. Zur offensichtlichen Überraschung manch eines Lesers konnte man dort nämlich nachlesen, dass Ministerpräsident Stefan Mappus persönlich der Meinung ist, dass die Zukunftspläne seiner Partei in Baden-Württemberg die richtigen sind. Sie können die Einzelheiten auf unserer Internetseite nachverfolgen, und dabei will ich es jetzt auch belassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
zu Beginn meiner Rede hatte ich das Thema Prognosen angesprochen. Lassen Sie mich jetzt einige Bemerkungen zur wirtschaftlichen Entwicklung machen. Zunächst: Das Handwerk ist zurück auf dem Wachstumspfad, und wenn ich die Meldungen der Kollegen von der IHK richtig verfolgt habe, dann gilt das auch für deren Mitgliedsbetriebe. Insbesondere der Export hat sich wohl schneller erholt als alle Fachleute vermutet haben, und er hat inzwischen schon wieder das Niveau des Jahres 2008 erreicht. Präsident Erbe wird wahrscheinlich ebenfalls ganz kurz auf die Stimmung nach der Krise in Industrie und Handel eingehen.

Beim Handwerk gehen wir für das Jahr 2010 von einem Umsatzplus von einem Prozent aus, für 2011 sogar in Höhe von zwei Prozent. Hätte nicht zu Beginn des Jahres 2010 der harte Winter mit langen Produktionsausfällen auf dem Bau allzu hoffnungsfrohen Botschaften einen Strich durch die Rechnung gemacht, würde mein Fazit sogar noch besser ausfallen. Immerhin durften sich die gewerblichen Zulieferer im Handwerk über eine gestiegene Nachfrage der industriellen Kunden und damit über deutliche Umsatzsteigerungen freuen. Positiv sind auch die Aussichten für das neue Jahr: Wenn Dank guter Betriebsauslastung die Industrie wieder in Erweiterung und Modernisierung investiert, dann kann sich die Situation der Branche noch weiter verbessern.

In eine eher widersprüchliche Zukunft blickt hingegen das Bauhauptgewerbe. Im Jahr 2010 profitierte es noch von den öffentlichen Aufträgen im Zuge der Konjunkturprogramme. Mit kommunalen Folgeaufträgen ist aber auf Grund leerer Kassen wohl eher nicht zu rechnen – das ist etwas, was wir mit Sorgen beobachten. Aber immerhin hat das Handwerk beim Bund erfolgreich erstritten, dass die Maßnahmen auch 2011 noch abgearbeitet werden dürfen. Die nach dem Auslaufen der Konjunkturpakete rückläufigen Aufträge der öffentlichen Hand können durch die verbesserte Situation beim privaten und gewerblichen Bau allerdings bestenfalls kompensiert werden.

An dieser Stelle lassen Sie mich einen kleinen Schlenker machen zu einem der zukunftstechnologischen Felder im Handwerk wie auch in der Industrie. Ich meine die Nutzung regenerativer Energien und damit verbunden auch das für unsere Ausbauhandwerke wichtige Thema der energetischen Gebäudesanierung. Nicht zuletzt auch deshalb begrüßen wir die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke, weil es dadurch unter anderem möglich wird, dass die überschießenden Gewinne der großen Energieversorger zu einem wesentlichen Teil in die Förderung regenerativer Energien mit ihrer meist dezentralen Versorgungsstruktur fließen. Dieser dezentrale Ansatz bietet nämlich Möglichkeiten für Aufträge, die nicht nur in erster Linie für Großkonzerne geeignet sind, sondern auch



Klein- und Mittelbetriebe können sie annehmen und vor allen Dingen bewältigen. Die Bundesregierung hat nach meiner Meinung mit ihrem Energiekonzept also eine langfristig orientierte Gesamtstrategie formuliert. Der Sanierung des Gebäudebestands, den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz eine Schlüsselrolle zukommen zu lassen – das ist genau der richtige Weg. Die Zielsetzung, die Gebäudesanierungsrate zu verdoppeln, ist im Übrigen auch aus dem Grund notwendig, weil nur so die klimapolitischen Ziele bis 2020 und 2050 erreicht werden können. Positiv werte ich in diesem Zusammenhang deshalb auch den Einstieg des Landes bei der EnBW. Positiv vor allem deshalb, weil ich damit auch die Erwartung verbinde, dass das Land Baden-Württemberg in diesem für die Weiterentwicklung so wichtigen Feld wieder stärker die eigenen Interessen vertreten kann. Wie wichtig das Thema Energie ist, das erleben wir alle doch sowohl beim Blick auf die Benzinpreise wie auch auf die Heiz- und Stromrechnungen.

Und mit diesem Blick auf die Geldbeutel der Privatpersonen komme ich auch zum Schluss meines konjunkturellen Rückblickes. Im privaten Bereich wurde nicht nur in die energetische Gebäudesanierung investiert, sondern von der Kaufraune profitierten auch die konsumnahen Gewerke in den Gesundheits-, Nahrungsmittel- und Dienstleistungshandwerken. Das Kfz-Gewerbe schließt das Jahr 2010 hingegen mit einem Umsatzrückgang ab. Die verstärkte Nachfrage nach Firmenwagen und Nutzfahrzeugen sowie ein starkes Service-Geschäft konnten die vermehrten PKW-Käufe im Schlepptau der Umweltprämie nicht ausgleichen. Für das Jahr 2011 rechnet das Kfz-Gewerbe jedoch wieder mit einem leichten Umsatzplus.

Ich gehe davon aus, dass auch 2011 die Zahl der Lehrlinge und der Mitarbeiter stabil bleibt. Die Fachkräftesicherung steht allerdings für uns ganz oben auf der Agenda. Unternehmen des Handwerks, der Industrie und des Handels stehen in einem starken Wettbewerb um die guten Köpfe. Mit der Imagekampagne des Handwerks, die wir vor einem Jahr gestartet haben, versuchen wir das Unsere dazu beizutragen. Denn allgemein gilt: Je moderner, innovativer und damit spannender ein Betrieb oder ein Wirtschaftszweig ist, desto eher wird er für den Nachwuchs interessant.

Und damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich bei einem Thema angelangt, das tatsächlich zentral in den kommenden Jahren sein wird. Insbesondere das Handwerk hat sich in der Vergangenheit immer dadurch ausgezeichnet, als „Ausbilder der Nation“ die benötigten Fachkräfte für sich selbst und oft genug auch für die Industrie auszubilden. Das ist zuletzt bereits immer schwieriger geworden, und die Klagen der Handwerksbetriebe über nicht ausbildungsfähige Jugendliche wurden anfangs in der Öffentlichkeit nicht so richtig ernst genommen. Aber wenn – wie erst vergangene Woche – ein Handwerksmeister in unserer Internetlehrstellenbörse darauf hinweisen muss, dass Bewerber wenigstens zehn Prozent von 20 Euro ausrechnen können sollten, dann muss das auch dem Letzten zu denken geben.

Die Beschreibung dieser Zustände hat nichts mit „nörgeln“ zu tun, sondern das alles hängt zum einen damit zusammen, dass die Anforderungen auch in Handwerksbetrieben immer komplexer geworden sind, und zum anderen ist es eine nicht wegzuleugnende Tatsache, dass viele Jugendliche diesen Anforderungen nach der Schule nicht gewachsen sind. Mit dem Konzept der Werkrealschule könnten wir deshalb im Grunde eigentlich gut leben. Wegen der engen Verzahnung von Berufswelt und Schule begleitet das Handwerk die Werkrealschule nicht nur optimistisch, sondern mit großen Hoffnungen. Wir erwarten uns vom frühzeitigen Einblick in die Be-

rufswelt und Kontakten zu den Betrieben natürlich auch bessere Chancen im Wettbewerb um qualifizierte Jugendliche.

Allerdings bereitet uns der Wahlpflichtbereich der Werkrealschule Sorgen, denn die angebotenen Berufsfelder decken bei weitem nicht die ganze Vielfalt des Handwerks ab. Meist liegt der Schwerpunkt im kaufmännischen Bereich. Für Bauberufe gibt es beispielsweise nur ein völlig unzureichendes Angebot an den zweijährigen Berufsfachschulen. Und es gibt noch einen weiteren Schwachpunkt: Werkrealschüler müssen nämlich – anders als ihre Kollegen von der Realschule – einen Notendurchschnitt von 3,0 mitbringen, um in die zehnte Klasse versetzt zu werden. Die Gleichwertigkeit von Schulformen sieht nach unserer Meinung anders aus. Die zusätzliche Hürde schadet letztlich der Akzeptanz der Werkrealschule bei den Eltern: Statt eines dreigliedrigen haben wir jetzt sogar ein viergliedriges Schulsystem.

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir in Baden-Württemberg sehr gut aufgestellt: Bundesweit verzeichnen wir die geringste Jugendarbeitslosigkeit, und beim Ausbildungsbündnis ist es uns im Unterschied zur Bundesebene gelungen, einen Schulterchluss aller Bündnispartner zu erreichen. Ich begrüße deshalb auch an dieser Stelle das deutliche Signal und das Entgegenkommen der Gewerkschaftsseite, die nun auch Partner des Bündnisses ist. Auch dieses Bündnis hat die Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg zum Ziel. Auch hier geht es um die Sicherung der Ausbildungsreife und um eine praxisnahe und breite Berufsorientierung an allen Schularten. Auf Landesebene ist das Handwerk deshalb auch mit dem Kultusministerium im Gespräch, um im kommenden Jahr ein fundiertes Lehrerpraktikum anbieten zu können. Außerdem wollen wir die Fördermöglichkeiten ausbauen, um leistungsschwächeren, nicht ausbildungsreifen Jugendlichen den Einstieg in eine Lehre über Nachqualifizierungen zu ermöglichen.

Ausdrücklich möchte ich aber die vielfältigen und hochwertigen Karrierewege in der dualen Ausbildung hervorheben – und das gilt nicht nur für das Handwerk, sondern gleichermaßen für alle Wirtschaftsbereiche. Diese Chancen müssen deutlicher im Rahmen der Berufsorientierung, aber auch gezielt den Eltern der Schülerinnen und Schüler vermittelt werden. Die duale Ausbildung muss aus dem völlig unberechtigten Schattendasein herausgeholt werden. Vor allem muss deutlich gemacht werden, dass nach einer Berufsausbildung immer noch alle Wege offen stehen: Schließlich ist Mitte Juni 2010 das Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter in Kraft getreten. Es stellt zum Beispiel den Meisterabschluss mit dem Abitur gleich und stärkt so die Attraktivität der beruflichen Bildung insgesamt, ja, sie hält somit auch Handwerkern alle Bildungschancen offen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
das Thema Ausbildung steht aber auch noch von anderer Seite unter Druck. Unsere Betriebe müssen auskömmlich wirtschaften können, um Jugendlichen Ausbildungsplätze anbieten zu können. Deshalb bereitet speziell dem Handwerk die ab Mai 2011 geltende EU-weite Regelung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit große Sorgen. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Wir wollen verhindern, dass durch den Einsatz unangemessen niedrig entlohnter Arbeitnehmer sich eine Wettbewerbsverzerrung breit macht, als deren Ergebnis Unternehmen, die ihre Leute anständig nach Tarif bezahlen möchten, auf den regionalen Märkten keine Chancen mehr haben.



Welche Auswirkungen dieses „Billig-ist-gut-Denken“ hat, das erleben wir im Handwerk bereits seit der letzten Handwerksnovelle. In den Gewerken, in denen seither keinerlei Qualifikation für die Gründung eines Betriebes gefordert wird, tendiert die Ausbildungsleistung gegen Null. Um dem drohenden Lohndumping zu entgehen plädiere ich deshalb für einen branchenbezogenen Mindestlohn. Das gilt auch für den Bereich der Zeitarbeit. Gerade hier gibt es doch jetzt schon Fehlentwicklungen bei einigen Arbeitgebern. Die Situation kann sich deutlich verschärfen, wenn ab Mai zum Beispiel in Polen ansässige Zeitarbeitsfirmen Arbeitnehmer nach Deutschland entsenden und diese nach ihren Firmentarifen bezahlen.

Es darf auch nicht sein, dass durch Zeitarbeiter Stammebelegschaften ersetzt werden. Das hätte eine Lohnspirale nach unten zur Folge, an der uns ernsthaft nicht gelegen sein kann. Zeitarbeit ist ein wichtiges Instrument – solange es der Flexibilisierung der Betriebsabläufe dient und es etwa darum geht, Auftragsspitzen abzubauen. Zeitarbeit darf aber nicht benutzt werden, um tarifliche Vereinbarungen zu unterlaufen. Außerdem wäre es vielleicht auch eine Überlegung Wert, dass Arbeitnehmer nach einer gewissen Zeit den gleichen Lohn wie ihre fest angestellten Kollegen erhalten. Und die französische Regelung, wonach Betriebe für Zeitarbeiter 20 Prozent mehr bezahlen müssen, weil sie sich mit dem Leiharbeiter mehr Flexibilität einkaufen, hat auch einen gewissen Charme.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich jetzt auf ein Thema eingehen, das in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert wird. Die Meinungen zu Stuttgart 21 gehen quer durch alle Bevölkerungsgruppen und Parteien. Auch im Handwerk wird das Thema intensiv diskutiert. Bei allem Respekt vor der Auffassung derjenigen Bürger und auch Unternehmen, die dem Vorhaben sachlich-kritisch oder sogar ablehnend gegenüberstehen, haben Vorstand und Vollversammlung unserer beiden Kammern jeweils bereits öffentlich Stellung zu dem Bahnprojekt bezogen und sich mehrheitlich für das Vorhaben ausgesprochen. Der Tenor der Beschlüsse lautet: Wir brauchen den Ausbau der Verbindung Stuttgart-Ulm mitten im Herzen unseres Landes. Ich bin entschieden der Meinung, dass die Qualität eines Standortes und die Dynamik seiner Entwicklung in hohem Maße von der Infrastruktur und dabei ganz besonders von der Verkehrsinfrastruktur abhängt.

Und nicht nur nach meiner Meinung gibt es hier bei der Einbindung des Landes in das nationale und internationale Schienenverkehrsnetz einen erheblichen Nachholbedarf. Der Ausbau der mitten durch das Land laufenden Strecke von Mannheim über Stuttgart und Ulm nach München für Hochgeschwindigkeitszüge spielt hierbei eine zentrale Rolle. Deshalb fänden wir es auch treffender, wenn dieses Projekt die Bezeichnung "Baden-Württemberg 21" bekäme. Es ist schließlich über viele Jahre von Experten geplant, in langwierigen Genehmigungsprozessen geprüft, gerichtlich überprüft und auch parlamentarisch legitimiert worden. Deshalb darf es auch nicht allein aus heutiger Sicht beurteilt werden, sondern es muss vor dem Hintergrund der künftigen Entwicklungspotenziale der europäischen Regionen bewertet werden.

Um es noch deutlicher zu sagen: Bei Stuttgart 21 geht es nicht in erster Linie nur um den Stuttgarter Tiefbahnhof. Vielmehr geht es um die Einbindung Baden-Württembergs in das Netz der schnellen europäischen Eisenbahnmagistralen. Wir dürfen nicht riskieren, dass Baden-Württemberg eines Tages im Verkehrsschatten liegt. Das kann sich dieses, im harten internationalen Wettbewerb stehende High-Tech-Land ganz einfach nicht leisten.



Ich möchte die Bedeutung von Stuttgart 21 allerdings auch nicht ausschließlich in diesen großen europäischen Kontext stellen. Unser Vorstand und unsere Vollversammlung haben die wesentlichen Aspekte sorgfältig gewichtet. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass das Bahnprojekt – insbesondere durch die vorgesehene Direktanbindung des europäischen Schnellbahnnetzes vom Stadtzentrum Stuttgart an den Flughafen und die dort gelegene neue Landesmesse – eine herausragende Bedeutung auch für das Handwerk im Kammerbezirk hat. Das gilt zum Beispiel im Hinblick auf die von den Fildern über Wendlingen nach Ulm geplante Schnellbahntrasse. Sie wird durch den geplanten ICE-Bahnhof am Flughafen sowie die „Wendlinger Kurve“ der Wirtschaft in der Region eine spürbar schnellere Erreichbarkeit bringen. Gleiches gilt für die neue Streckenführung der Gäubahn, also der „Rohrer Kurve“: Hier wird zum Beispiel die Fahrt von Horb im Landkreis Freudenstadt zum Landesflughafen von bisher fast eineinhalb Stunden auf nur noch 37 Minuten verkürzt.

Wichtig in unseren Diskussionen war allerdings nicht nur der Gesichtspunkt der Verkehrsinfrastruktur. Wir dürfen natürlich auch nicht die Möglichkeiten für unsere Betriebe unterschlagen, Aufträge im Zusammenhang mit diesem Projekt zu akquirieren – mit all den positiven Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in unseren Kammerbezirken. Kurz: Das Projekt wirkt sich eben auch in den angrenzenden Regionen positiv aus und ist folglich im unmittelbaren Interesse der hier ansässigen mittelständischen Wirtschaft.

Eine Lehre aus Stuttgart 21 wird man sicherlich ziehen müssen: Die Bürger müssen noch mehr als bisher in die Planungen und Vorbereitungen von Großprojekten einbezogen werden. Allerdings bin ich auch der Meinung, dass Projekte zeitnah realisiert werden müssen. Und: Die Bürger haben auch eine Holschuld, sie müssen die oft von Anfang an bereitgestellten Informationen in einem viel früheren Stadium abrufen. Ein weiterer wichtiger Punkt darf nicht vergessen werden: Eine parlamentarische Demokratie, die ihre Großinvestitionen in ausdifferenzierten Entscheidungsverfahren zur Ausführungsreife bringt, ist auf die Verlässlichkeit der Entscheidungen angewiesen. Das gilt nicht nur für das Projekt Stuttgart 21, sondern ebenso für zahlreiche andere notwendige Infrastrukturprojekte im Bereich der Energienetze, der Verkehrsinfrastruktur oder zentraler Ver- und Entsorgungsanlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

„verbringe nicht die Zeit mit der Suche nach einem Hindernis. Vielleicht ist keines da“, empfiehlt der Schriftsteller Franz Kafka. Schauen wir also positiv nach vorne. Wir sind in der Krise den richtigen Weg gegangen, und nun gilt es, für den Aufschwung weiterhin die richtigen Weichen zu stellen. Und deshalb möchte ich jetzt auch einer meiner Eingangsbemerkungen eine positive Wendung geben, und zwar mit einem Zitat des von mir hoch geschätzten Ludwig Erhard: „Wenn es besser kommt als vorausgesagt, dann verzeiht man sogar dem falschen Propheten.“

Jetzt aber freue ich mich sehr, Stefan Mappus, den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, nach vorne zu bitten. Vielen Dank.